

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 12.08.2024

Es ist an der Zeit:

Jetzt gemeinsam die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik umsetzen!

1 Eine zentrale Säule unsere Demokratie sind funktionierende Städte, Gemeinden und
2 Kreise. Kommunen sind die staatliche Ebene, die die Menschen in ihrem Alltag am
3 unmittelbarsten erleben. Entscheidungen über Kindergärten, Schulverwaltung,
4 Bibliotheken, Parkanlagen, Spielplätze, Gemeindestraßen, Abfallbeseitigung und vieles
5 mehr: Kommunen haben einen direkten Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und
6 Bürger vor Ort. Daher besteht über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg große
7 Einigkeit darin, die Funktionsfähigkeit und Handlungsmöglichkeiten der kommunalen
8 Ebene bestmöglich zu stärken. Denn wenn ein kommunales Parlament aufgrund leerer
9 Kassen nur noch darüber abstimmen kann, nach welchem Altbundeskanzler der
10 Bahnhofsvorplatz benannt wird, dann kommt auch unsere kommunale Demokratie
11 unter die Räder.

12

13 Kommunale Handlungsfähigkeit ist stark abhängig von der finanziellen
14 Handlungsfähigkeit. In zahlreichen Kommunen ist diese stark eingeschränkt durch die
15 große Last kommunaler Alt-schulden. Daher haben sich die Ampel-Parteien im
16 Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Bundesländern bei der
17 Altschuldenproblematik zu helfen.

18

19 Wir begrüßen, dass das Bundesfinanzministerium auf Basis des Koalitionsvertrages
20 Eckpunkte für eine umfassende Altschuldenregelung vorgelegt hat. Bundeskanzler Olaf
21 Scholz hat jüngst den gemeinsamen Willen der Bundesregierung unterstrichen, die
22 Vorschläge zur Entschuldung der Kommunen umzusetzen. Das klare Signal ist: Die
23 politische und finanzielle Zusage der Bundesregierung steht.

24

25 Die Eckpunkte sehen vor, dass in einem gemeinsamen Kraftakt von Bund und Ländern
26 einmalig die übermäßigen Liquiditätskredite der Kommunen übernommen werden,
27 wobei die Bundesregierung erklärtermaßen zur hälftigen Übernahme der Lasten und
28 zur Umsetzung der hierfür erforderlichen Grundgesetzänderung bereit ist. Das
29 Bundesmodell zielt dabei nicht lediglich auf eine Abmilderung des Problems etwa
30 durch begrenzte Zinskosten- oder Tilgungszuschüsse, sondern auf eine umfassende,
31 vollständige Entlastung der Kommunen von den Altschulden. Dies wäre ein
32 historischer Moment, der zahlreichen Kommunen einen finanziellen Neustart
33 ermöglichen und direkte positive Auswirkungen auf die Menschen vor Ort haben
34 würde.

35 Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die betroffenen Kommunen noch in dieser
36 Legislaturperiode von ihren Altschulden umfassend zu entlasten. Die SPD steht dabei
37 hinter den Eckpunkten zur kommunalen Altschuldenübernahme durch Bund und
38 Länder. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass es eine Berücksichtigung der
39 Situation ostdeutscher Kommunen gibt, die ebenfalls durch unverschuldete Altlasten
40 herausgefordert sind. Dabei wollen wir auch Themen wie die Situation der alten
41 kommunalen Wohnungsgesellschaften und das Anspruchs- und
42 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) adressieren.

43
44 Wir begrüßen, dass das Bundesfinanzministerium auf dieser Basis bereits seit
45 längerem mit den Bundesländern und im Deutschen Bundestag insbesondere mit der
46 CDU/CSU-Fraktion Lösungsmöglichkeiten auslotet, um die für eine
47 Grundgesetzänderung notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Wir appellieren
48 in diesem Zusammenhang in besonderer Weise an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
49 ihre bisherige Haltung zu überdenken und damit den Weg für eine
50 Grundgesetzänderung zugunsten der hochverschuldeten Kommunen in unserem Land
51 endlich freizumachen.

52
53 Die Gespräche müssen nun intensiv und konkret entlang der Eckpunkte weitergeführt
54 werden - mit dem Ziel, noch in diesem Jahr zu einem Ergebnis zu kommen und eine
55 Lösung der Altschuldenproblematik auch formell auf den Weg zu bringen. Wir
56 erwarten hier die Gesprächs- und Lösungsbereitschaft aller Bundesländer und aller
57 demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag. Die Herausforderung ist zu groß,
58 die Lage vieler Kommunen zu ernst, als dass man auf ihrem Rücken politische Spielchen
59 betreiben dürfte. Nur mit der ernsthaften Bereitschaft zu Kooperation und mit einer
60 gemeinsamen konstruktiven Kraftanstrengung kann es gelingen, den Weg für
61 grundgesetzändernde Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat freizumachen und
62 diesen historischen Schritt zum Wohle der Kommunen und somit auch zur Förderung
63 unseres demokratischen und sozialen Zusammenhaltes zu gehen.